

Siebert, Horst

Book Part — Digitized Version

Die reale Anpassung bei der Transformation einer Planwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1992) : Die reale Anpassung bei der Transformation einer Planwirtschaft, In: Görgens, Egon Tuchfeldt, Egon (Ed.): Die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung: Perspektiven und Probleme. Ernst Dürr zum 65. Geburtstag, ISBN 3-258-04633-6, Haupt, Bern, pp. 131-149

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2026>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die reale Anpassung bei der Transformation einer Planwirtschaft

Die politischen Umwälzungen des Jahres 1989 in Mittelost- und Südosteuropa kamen auch für die Wirtschaftswissenschaft überraschend. Für den Umbau einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft in eine Marktwirtschaft stand kein fertiges und abrufbares Paradigma bereit. Während über die Art und die Sequenz der Transformationsschritte keine allgemein akzeptierten Empfehlungen vorliegen, besteht jedoch weitgehend Konsens über die Elemente der zu schaffenden marktwirtschaftlichen Ordnung.

In Deutschland, dessen Intellektuelle in den dreißiger und vierziger Jahren eine neue wirtschaftliche Ordnung zu suchen begannen, hatte die Freiburger Schule um *Eucken* (1952) die grundlegenden Prinzipien einer Marktwirtschaft definiert. Diese mußten bei der Schaffung der neuen Wirtschaftsverfassung Westdeutschlands institutionell umgesetzt werden. Die Tatsache, daß sich diese Konzeption auch in Westeuropa, etwa gegenüber der französischen Planifikation durchsetzte, bedeutet, daß die in den post-sozialistischen Ländern zu schaffende Ordnung nicht nur eine Blaupause aus den Lehrbüchern ist; es liegt vielmehr pragmatisches Wissen über die Gestaltung eines Wirtschaftssystems vor. Auch die Diskussion um die Abgrenzung von privatem Sektor und Staat, um die soziale Dimension der Marktwirtschaft, um die Regulierung und deren Auswirkung auf das Anreizsystem einer Volkswirtschaft stellt Wissen darüber bereit, in welche Richtung ein Wirtschaftssystem umgebaut werden muß. Schließlich liegt eine breite Erfahrung über die Entwicklungsstrategien für Entwicklungs- und Schwellenländer vor, insbesondere darüber, wie erfolgreich die auf Wettbewerb nach innen und außen setzende Öffnungsstrategie der südostasiatischen Länder des pazifischen Beckens war und welche Probleme die auf den *Prebisch*-Ideen (1950)

basierende Strategie des Außenschutzes und der Importsubstitution in den lateinamerikanischen Ländern mit sich brachte.

Erfahrung über den Umbau oder über die Transformation von Volkswirtschaften, also über die Veränderung von wirtschaftspolitisch relevanten Rahmenbedingungen, liegt nur in rudimentärer Form vor. Neben den *Erhard*'schen Reformen von 1948 sind Öffnungsstrategien der Entwicklungsländer zu nennen, die den Übergang von einer protektionistischen Orientierung zu einer Integration in die internationale Arbeitsteilung beinhalten wie im Falle Mexikos, aber auch Stabilisierungsprogramme zur Bekämpfung einer Hyperinflation wie in Argentinien (1985), Bolivien (1985), Brasilien (1983/84), Chile (1985) und Kolumbien (1984/85). Durch die Auflagen des Internationalen Währungsfonds erstreckten sich Ende der achtziger Jahre diese Reformen auch auf institutionelle Änderungen der Volkswirtschaften. Allerdings handelte es sich dabei im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern um partielle Umgestaltungen.

I. Eine Taxonomie der Transformation

Beim Umbau einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft in eine Marktwirtschaft lassen sich drei große Aufgabenbereiche identifizieren: die Schaffung der institutionellen Infrastruktur, die monetäre Stabilisierung und die reale Anpassung der Volkswirtschaft (*Siebert, 1991 a*).

Bei der Schaffung der institutionellen Infrastruktur handelt es sich um die Ausgestaltung der Anreizstruktur eines Wirtschaftssystems, also der Regeln, unter denen Private handeln können. Zu diesen Regeln zählen die Eigentumsordnung, das Rechtssystem einschließlich des Unternehmensrechts, die Abgrenzung von privatem Sektor und Staat, die Bedingungen der staatlichen Finanzierung und der Ausgabentätigkeit und die institutionellen Arrangements für die Märkte, auch für die Faktormärkte, für die Stellung der Notenbank und für das Bankensystem. Ein zentrales Element der Wirtschaftsverfassung ist die Eigentumsordnung; es besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß eine Volkswirtschaft ohne privates Eigentum nicht erfolgreich umge-

baut werden kann. Ohne geeignete institutionelle Infrastruktur kann die Transformation nicht gelingen.

Die monetäre Stabilisierung beinhaltet die Herstellung eines stabilen Geldes. Hier geht es einmal um den Abbau des in aller Regel bestehenden Geldüberhangs; gleichzeitig ist aber auch eine neue institutionelle Ordnung des Geldwesens zu schaffen, der die Wirtschaftssubjekte vertrauen. Die monetäre Stabilisierung ist deshalb untrennbar mit der geeigneten institutionellen Infrastruktur verknüpft, also mit der Unabhängigkeit der Notenbank, dem Verbot der Alimentierung des Staates durch die Notenpresse, einem zweistufigen Bankensystem und einem funktionsfähigen Kapitalmarkt.

Die monetäre Stabilisierung erfordert die Konvertibilität der Währung. Denn ohne Inländerkonvertibilität bleibt die Geldpolitik unglaubwürdig. Ohne Ausländerkonvertibilität läßt sich Privatkapital nicht attrahieren. Schließlich wird ohne Konvertibilität der internationale Güteraustausch verzerrt; Produktion und Investition werden an falschen Knappheitspreisen ausgerichtet.

Die reale Anpassung in der Volkswirtschaft bezieht sich darauf, wie sich die wirtschaftlichen Aktivitäten an die neue Situation anpassen. Im Vordergrund stehen dabei Produktion, Investition und Beschäftigung, also der Anpassungsprozeß in den Unternehmen und seine Implikation für die Beschäftigung. Eine zentrale Frage ist, wie schnell und in welchem Ausmaß neue Unternehmen gegründet werden können und wie der Umbau der alten Unternehmen gelingt. Bei der Anpassung der alten Unternehmen geht es einmal um eine neue Abgrenzung der Unternehmenseinheiten, zum anderen um die Herstellung neuer Eigentumsverhältnisse und schließlich um die Anpassung der Unternehmen an die neuen Marktbedingungen.

Die reale Anpassung hängt entscheidend davon ab, mit welchen Maßnahmen der Übergang zur Marktwirtschaft durchgeführt wird. Zentrale Fragen sind, ob die Preise partiell, etwa nur für einige Sektoren, oder umfassend für die gesamte Volkswirtschaft freigegeben werden, ob die Volkswirtschaft allmählich oder schnell für die interna-

tionale Arbeitsteilung geöffnet und auf die Knappheitspreise des Weltmarktes ausgerichtet wird und wie zügig neue Eigentumsverhältnisse geschaffen werden, nachdem in der institutionellen Infrastruktur die Eigentumsordnung eingeführt worden ist. Schließlich wird die reale Anpassung davon beeinflusst, in welcher zeitlichen Folge die Maßnahmen durchgeführt werden.

II. Der Kern der realwirtschaftlichen Anpassung - Entwertung der Bestandsgrößen

Für die bestehenden Unternehmen bedeutet der Übergang zur Marktwirtschaft eine abrupte Veränderung ihrer Rahmenbedingungen, unter denen sie bisher operierten. Die Unternehmen verlieren, wenn sie im Hinblick auf eine zukünftige Wettbewerbswirtschaft neu abgegrenzt werden, ihre monopolistische Position, die sie in der Planwirtschaft innehatten. Denn dort war die gesamte Industrie in einer Unternehmung organisiert, die durch staatliche Marktabgrenzung auch von der Substitutionskonkurrenz geschützt war. Außerdem sorgte die politisch bestimmte internationale Arbeitsteilung im RGW-Raum dafür, daß kein Wettbewerb von außen erfolgte. In der Marktwirtschaft müssen sich die Unternehmen dagegen dem Wettbewerb stellen.

Die bestehenden Unternehmen sehen sich infolge relativer Preisänderungen einem anderen Preisvektor gegenüber. Einmal sinkt wegen der intensiveren Konkurrenz im Bereich der handelbaren Güter in aller Regel der Produzentenpreis¹; zum anderen steigen diejenigen Faktorpreise, die bisher verzerrt waren und künstlich niedrig gehalten wurden, wie der Preis für Energie und der Preis für die Abgabe von Schadstoffen an die Umwelt. Auch die Preise für ausländische Zwischenprodukte und die Löhne können steigen. Insbesondere ist aber ein Preis für Kapital zu entrichten, das bisher kostenlos bereitgestellt wurde. Schließlich zieht die Budgetrestriktion, da die privatisierte

¹) Bei einigen nicht-handelbaren Gütern steigt der Produzentenpreis. Auch bei den handelbaren Gütern - wie z.B. in der Produktion von Primärenergie - kann der Produzentenpreis steigen. In diesen Fällen steigt ceteris paribus der Wert des existierenden Kapitalstocks.

Unternehmung sich nicht mehr beim Staat alimentieren kann. Die "soft budget constraint" (Kornai, 1980) wird durch eine "scharf ziehende" Finanzierungsrestriktion ersetzt. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die bestehenden Unternehmen im Urteil der zukünftigen Kapitalgeber wirtschaftlich lebensfähig sind. Die Wettbewerbsfähigkeit wird aber nicht nur durch die Schere des sinkenden Produzentenpreises und der steigenden Inputpreise bestimmt; ob eine Unternehmung Nachfrage nach ihren Produkten verliert, hängt entscheidend auch von der Produktqualität ab, auf die sich der neue Wettbewerb ebenfalls erstreckt.

Der Übergang zur Marktwirtschaft bedeutet also für die bestehende Unternehmung eine umfassende Änderung ihrer Rahmenbedingungen oder Restriktionen - kurzum einen Schock. Diese Veränderung in den Rahmenbedingungen entwertet die Bestandsgrößen der Unternehmung, die schlagartig entweder vollständig oder teilweise obsolet werden, d.h. ihr Wert sinkt beträchtlich. Im Extremfall können die vertraglichen Beziehungen zwischen den in einer Unternehmung kombinierten Produktionsfaktoren - und damit die Unternehmung selbst - obsolet werden. Die Entwertung gilt insbesondere für das physisch installierte Kapital, das wie Ton erstarrt ist und auf andere Verwendungen nicht umorientiert werden kann. Dagegen können die Arbeitnehmer die vorhandenen Grundqualifikationen anders anwenden, entweder in der Unternehmung selbst oder in anderen Unternehmen.

Modelliert man den Schock vereinfachend als ein abruptes Absinken des Produzentenpreises² (Long und Siebert, 1991), so schrumpft bei gegebener Technologie, gegebenem Maschinenpark und ohne Anpassungen der Gegenwartswert des Gewinns; in den Unternehmen Ostdeutschlands ist wohl weitgehend der Gegenwartswert des Gewinns negativ geworden, d.h. ohne Anpassungsprozeß erweisen sich die Unternehmen als nicht lebensfähig.

²) Das abrupte Fallen des Produzentenpreises ist nicht mit dem Anstieg der Konsumentenpreise bei handelbaren Gütern zu verwechseln. Das Fallen des Produzentenpreises steht hier repräsentativ für die Veränderung des gesamten Preisvektors.

Eine partielle Entwertung des Kapitalstocks als Folge eines Schocks wurde auch bei den beiden Erdölkrisen beobachtet (Berndt und Wood, 1986). Durch den unerwarteten Anstieg des Erdölpreises sank die Grenzleistungsfähigkeit des existierenden Kapitals, und die auf die niedrigen Energiepreise der Vergangenheit ausgerichteten Anlagen wurden teilweise obsolet. Ein analoger, allerdings nicht nur auf den Preis eines Produktionsfaktors bezogener Prozeß läuft bei dem Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ab.

Die Unternehmen können sich durch eine Vielzahl von Maßnahmen anpassen. Dabei kann die Anpassung eher passiv oder eher aktiv erfolgen. Bei einer passiven Anpassung, wie sie die meisten der unter der Obhut der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen in Ostdeutschland vorgenommen haben, wird die Beschäftigung verringert; bisher dem Unternehmen zugehörige "Zwischenlieferanten" werden ausgelagert, und die Produktpalette wird in dem Sinn bereinigt, daß nicht mehr verkäufliche Produkte aus dem Produktionsprogramm genommen werden. Bei einer aktiven Anpassung werden dagegen neue Produkte in das Programm eingeführt, das Produktionsverfahren wird durch neue Anlagen umgestellt, und es wird ein neues Vertriebssystem aufgebaut.

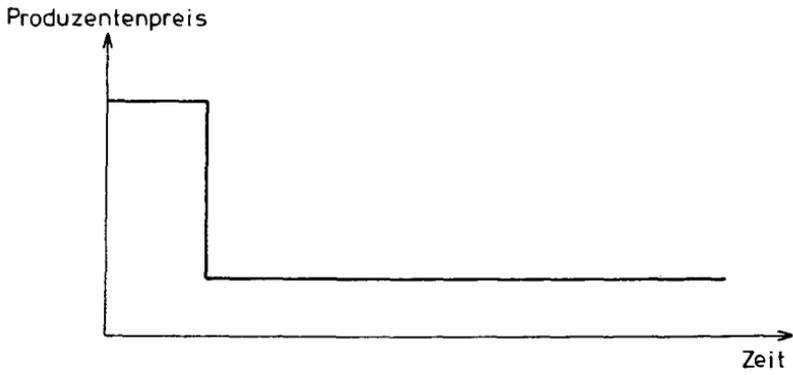
Grundsätzlich ist jede Anpassung wie eine Investition zu betrachten: Den Ausgaben heute stehen erwartete Einnahmen in den zukünftigen Perioden gegenüber. Die Anpassung lohnt sich dann, wenn der Gegenwartswert der erwarteten Erträge größer ist als die Ausgaben. Diese Bedingung ist notwendig, jedoch nicht hinreichend. Zusätzlich muß sichergestellt sein, daß der Gegenwartswert des Gewinns der Unternehmung nach der Anpassung positiv ist. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, so ist die Unternehmung nicht lebensfähig; sie muß geschlossen werden³.

³) Der positive Gegenwartswert des Gewinns einer Unternehmung nach einer Anpassung ist auch das entscheidende Kriterium für einen potentiellen Investor. Kommen die potentiellen Investoren zu dem Ergebnis, daß der Gegenwartswert des Gewinns nach Anpassungsprozessen negativ ist, so ist eine Unternehmung im Urteil der Marktparteien nicht überlebensfähig.

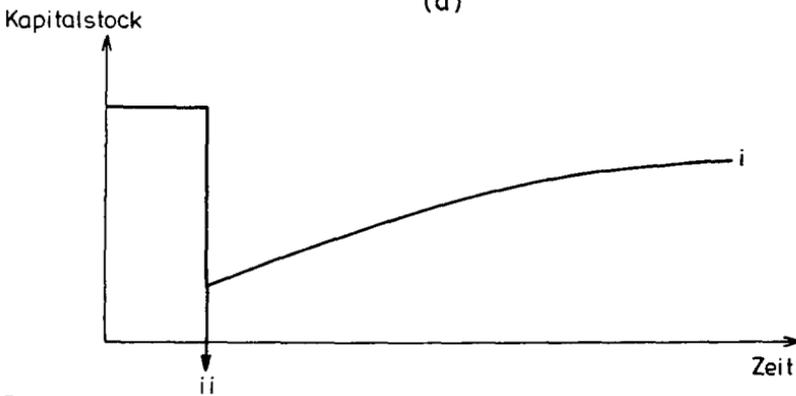
Aus der vorstehenden Analyse folgt der Zeitpfad der Anpassung für die einzelnen Unternehmen. Durch den Preisschock (Schaubild 1a) wird der bestehende Kapitalstock entwertet. Falls die Unternehmung grundsätzlich lebensfähig ist (Pfad i, Schaubild 1b), wird ein neuer Kapitalstock durch Investitionen aufgebaut. Allerdings erfolgen diese Investitionen nicht schlagartig; vielmehr bedingen Planungszeiten im Unternehmen, Genehmigungszeiten und die Ausreifungszeit, also die Realisierung der Investition selbst, daß Zeit verstreicht. Das Zeitprofil des Kapitalstocks weist also einen Sprung nach unten auf. Im Verlaufe der Zeit steigt der Kapitalstock wieder an.

Durch den Zeitpfad des Kapitalstocks ist auch der Zeitpfad der Produktion bestimmt. Die Produktion sinkt abrupt, da das Produkt nur schwer verkäuflich ist. Auch in der Investitionsphase kann die Produktion noch schrumpfen oder stagnieren. Kapitalstock und Produktion folgen also bei den überlebensfähigen Unternehmen einem J mit einem starken Einbruch nach dem Schock und einem allmählichen Wiederaufbau (Schaubild 1c).

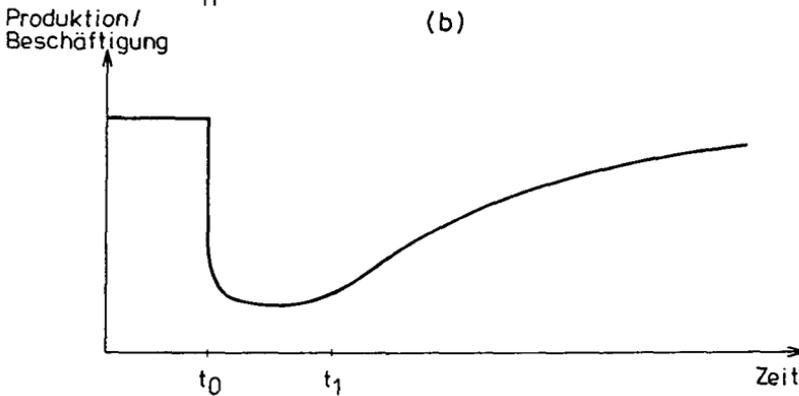
Schaubild 1 - Zeitprofil der Anpassung einer Unternehmung



(a)



(b)



Auch die Beschäftigung in den einzelnen Unternehmen wird ähnlich wie die Produktion einen Einbruch erfahren. Mit dem obsolet gewordenen Kapitalstock ist die bestehende Anzahl der Beschäftigten überdimensioniert. Die Arbeitskräfte können ihren Lohn in dem Unternehmen mit dem alten Kapitalstock nicht erwirtschaften. Das Unternehmen wird deshalb die Nachfrage nach Arbeit reduzieren. Gelingt der Anpassungsprozeß, so wird das Unternehmen später wieder Arbeitnehmer einstellen; in aller Regel wird allerdings nicht das gleiche Niveau wie in der Ausgangslage erreicht.

III. Die J-Kurve in der Anpassung der Produktion

Aggregiert man über die Unternehmen, so entsteht beim Übergang von der Zentralplanung zur Marktwirtschaft gesamtwirtschaftlich eine J-Kurve in der Produktion, wobei der Produktionseinbruch sowohl aus der gesunkenen Produktion bei denjenigen Unternehmen zu erklären ist, denen es durch eine Anpassung gelingt, am Leben zu bleiben, als auch durch den Einschnitt bei denjenigen Unternehmen, die nicht überlebensfähig sind. Begleitet wird diese J-Kurve des Outputs für die gesamte Volkswirtschaft von einer u-Kurve der Beschäftigung, wobei in aller Regel das ursprüngliche Beschäftigungsausmaß nicht wieder erreicht wird (Siebert, 1991 a, b)⁴.

Der Verlauf der J-Kurve hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab:

- Das Ausmaß der ursprünglichen Verzerrung bestimmt die Notwendigkeit des Anpassungsprozesses und damit auch den Produktions- und Beschäftigungseinbruch. Je stärker die Verzerrung in der Ausgangslage war, desto gravierender ist der Produktionseinbruch.
- Die Gründung neuer Unternehmen kann den Produktions- und Beschäftigungseinbruch verringern. Insbesondere können die

⁴) Die J-Kurve läßt sich auch auf die Versorgung der Bevölkerung beziehen.

neuen, zunächst kleinen Unternehmen sich im Verlaufe der Zeit entwickeln und zum Motor eines Wachstumsprozesses werden.

- Die Intensität des Schocks hängt auch von der Übergangsstrategie ab. Partielle Veränderungen in einigen Sektoren oder einigen Regionen eines Landes würden grundsätzlich die Intensität des Schocks mildern und die Auswirkung zeitlich strecken. Eine totale Veränderung wird in aller Regel mit einem stärkeren Einbruch verbunden sein.
- Die Anpassungskurve wird ferner von einer ganzen Reihe zusätzlicher Aspekte des Transformationsprozesses beeinflusst, etwa von der Geschwindigkeit, mit der der Privatisierungsprozeß vorankommt. So kann eine zügige "kleine" Privatisierung im Bereich der Distribution die Versorgung der Bevölkerung erleichtern, wenn die Preise der Konsumgüter freigegeben werden; dagegen kann ein staatliches Distributionssystem mit monopolistischen Anbietern die Anreizwirkungen für die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung nicht zum Zuge kommen lassen. Die Privatisierung der industriellen Unternehmen entscheidet darüber, wie schnell die reale Anpassung in Gang kommt.
- In einer offenen Volkswirtschaft hängt die Anpassung von zusätzlichen Faktoren ab, so von der Höhe der Kapitaltransfers und davon, inwieweit es einem Land gelingt, den Wechselkurs als Schockabsorber für den Transformationsprozeß einzusetzen oder durch eine vorsichtige Lohnentwicklung Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.
- Der Einbruch in dem einzelnen Land variiert im Fall der offenen Volkswirtschaft auch damit, ob in anderen Ländern, mit denen Austauschbeziehungen bestanden, ein ähnlicher Einbruch erfolgt. So ist die in Mitteleuropa zu beobachtende J-Kurve überlagert vom Zusammenbruch der Arbeitsteilung im RGW-Raum.

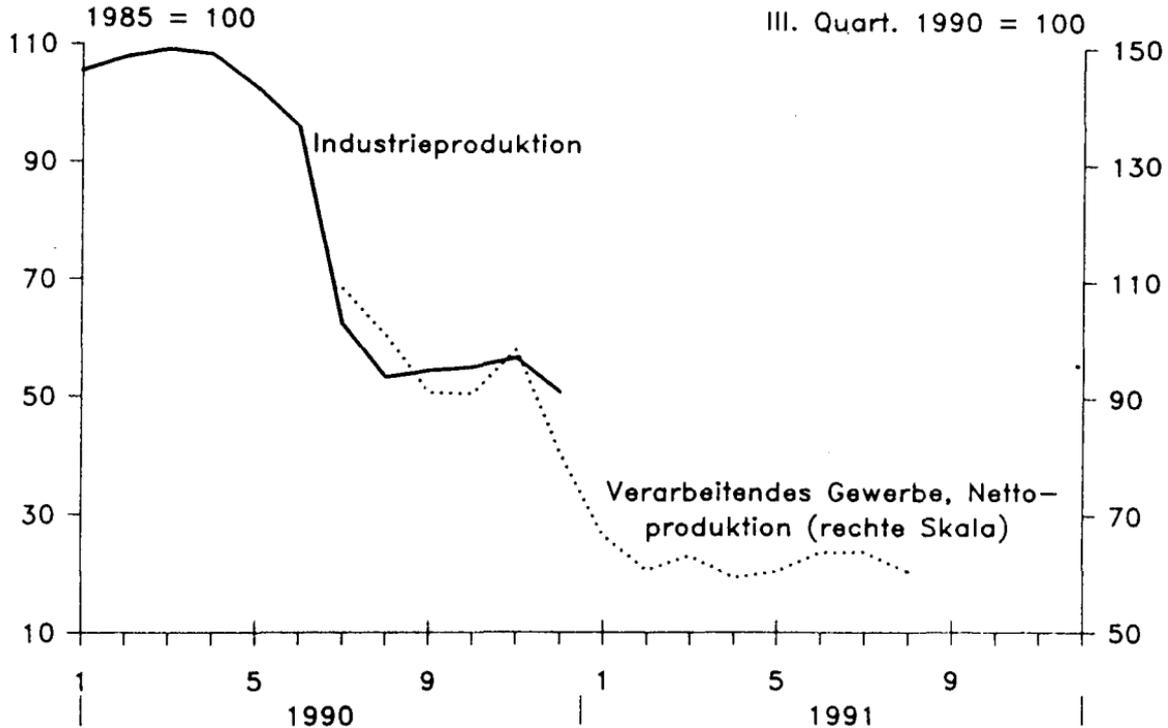
Die empirische Messung der J-Kurve ist problematisch, da die Produktionsindices verzerrt sind. Im Prinzip handelt es sich dabei um Laspeyres-Indices, also um Mengenindices mit festen Preisgewichten eines Basisjahres. Einmal entsteht eine Verzerrung dadurch, daß Preisgewichte verwendet werden, die den neuen Knappheitspreisen noch nicht entsprechen. So lagen dem für Ostdeutschland bis Ende 1990 veröffentlichten Produktionsindex (Gemeinsames Statistisches Amt) für die neuen Bundesländer Preisgewichte von 1985 zugrunde. Damit sind neue Produkte unterrepräsentiert und alte überrepräsentiert. Zum anderen ergibt sich eine Verzerrung, weil der Mengenindex das Mengengerüst heute zu dem Mengengerüst des Basisjahres in Beziehung setzt. Demzufolge aber geht die verzerrte Allokationsstruktur der Ausgangslage in den Mengenindex ein; die heute nicht mehr wettbewerbsfähigen Sektoren erhalten ein zu starkes Gewicht. Wiederum sind alte Produkte über- und neue Produkte unterrepräsentiert. Der Zusammenbruch der alten Produktionen wird überzeichnet. Je stärker die strukturellen Veränderungen, desto gravierender ist die Verfälschung. Eine dritte Verzerrung stellt sich dadurch ein, daß neue Produktionen, insbesondere in kleinen, neu gegründeten Unternehmen, statistisch nicht erfaßt sind, also der Berichtskreis nicht vollständig ist. Wenn das Gewicht dieser Unternehmen im Verlauf des Transformationsprozesses zunimmt, ist die alte Struktur überrepräsentiert. Schließlich sind die Indices dann verzerrt, wenn die Angaben aus der Vergangenheit geschönt worden sind (*Prisky-Effekt*).

Die J-Kurve der Anpassung verläuft in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Der stärkste Einbruch ist in Ostdeutschland zu verzeichnen, wo die industrielle Produktion 1991 auf ein Drittel des Ausgangsniveaus von 1989 absank (Schaubild 2). Ein starker Rückgang ist auch in Polen zu beobachten, wo die industrielle Produktion Ende 1989 abrupt um etwa dreißig Prozentpunkte fiel (Schaubild 3). In der CSFR hat sich die Reform 1990 noch nicht ausgewirkt; 1991 ist auch hier ein Absacken der industriellen Produktion festzustellen, und zwar um knapp zwanzig Prozentpunkte. In Ungarn ist der Einbruch bis 1990 milder verlaufen; dies kann damit zusammenhängen, daß die Reformen graduell durchgeführt wurden. So haben im ungarischen

Außenhandel Anpassungsprozesse bereits vor 1989 stattgefunden, indem die Spezialisierung auf den Handel mit der Sowjetunion abgebaut worden ist. 1991 ist aber auch für Ungarn ein starker Rückgang der industriellen Produktion um etwa 20 Prozentpunkte festzustellen. In der früheren Sowjetunion ist ein starker Einbruch statistisch bisher kaum ausgewiesen.

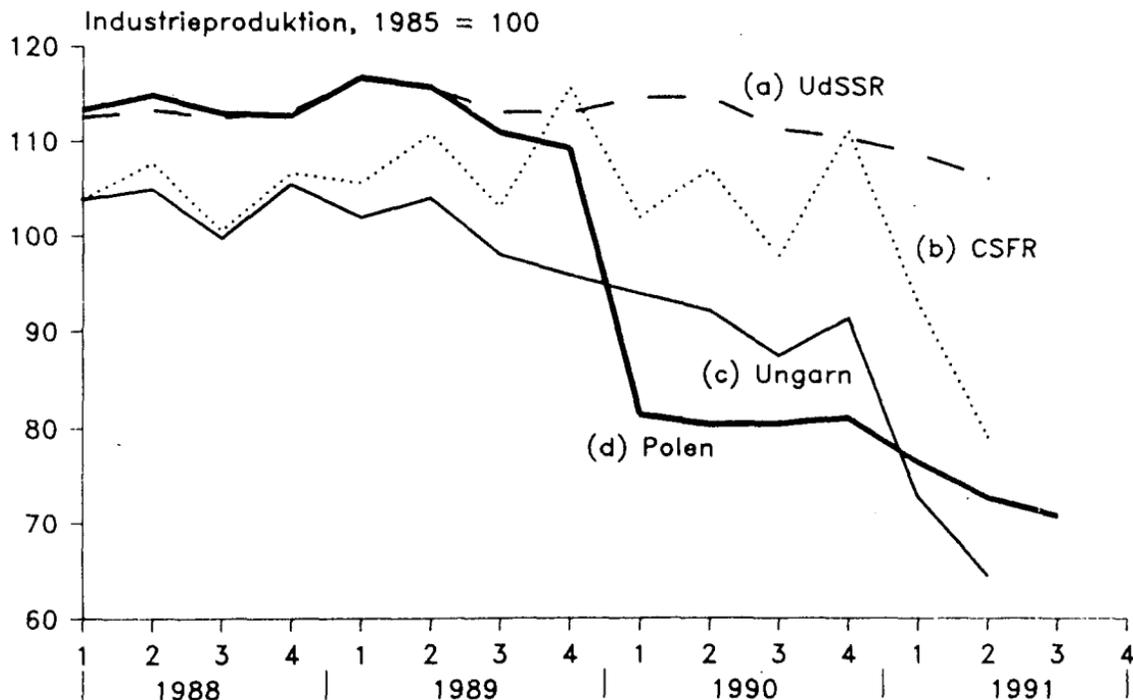
Ein Beispiel für partielle Anpassungen sind die Reformen Chinas in der Landwirtschaft und in der Schaffung einiger freier Wirtschaftszonen. Für China läßt sich demnach auch kein Einbruch der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion feststellen; die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion sind kontinuierlich gestiegen (Schaubild 4). Dabei spielt sicherlich auch das geringe Ausgangsniveau der Produktion eine Rolle.

Schaubild 2 – Ostdeutschland



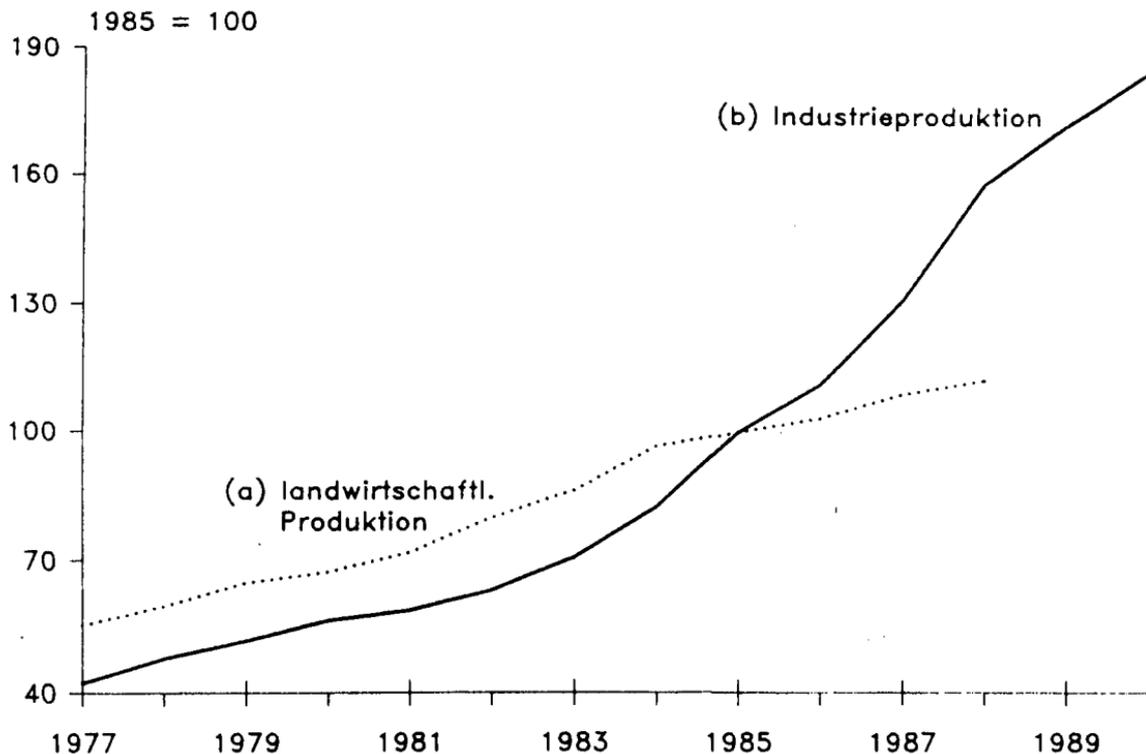
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Frankfurt 1991.

Schaubild 3 – Reformländer Osteuropas



Quellen: (a) PlanEcon Report 9, Washington D.C. 1991, (b)(c)(d) IMF, International Financial Statistics, Dec., Washington D.C. 1991, (c) The Economist Intelligence Unit, Country Report 4, London 1991.

Schaubild 4 – Volksrepublik China



Quellen: (a)(b) IMF, International Financial Statistics Yearbook, Washington 1990, (b) Asian Development Bank, Asian Dev. Outlook, Manila 1991.

IV. Einige wirtschaftspolitische Implikationen

Unsere Analyse interpretiert den Übergang zur Marktwirtschaft als ein Transformationsproblem, als eine Anpassung an einen Schock. Im Gegensatz zu einem normalen Wachstums- und Entwicklungsprozeß, bei dem Altes durch Neues allmählich abgelöst wird, ist der Übergang von der Zentralplanung zur Marktwirtschaft durch eine schockartige Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, durch eine massive "schöpferische Zerstörung" im Sinne *Schumpeters* (1934), gekennzeichnet.

Realwirtschaftlich bedeutet dies, daß volkswirtschaftliche Bestandsgrößen, die sich in einem langwierigen zeitlichen Prozeß herausbilden, schlagartig obsolet werden. Das gilt vor allem für den Kapitalstock, also den volkswirtschaftlichen Produktionsapparat, der durch umfangreiche Investitionen neu aufgebaut werden muß. In aller Regel verliert das Humankapital in dem Sinn an Wert, daß die vorhandenen Qualifikationen auf neue Tätigkeitsfelder umgestellt werden müssen. Oft ist auch das Infrastrukturkapital an die neuen Bedingungen anzupassen. Dies gilt auch für eine weitere Bestandsgröße, nämlich die Raumstruktur, also das Standortgefüge, das der Reflex der alten Bedingungen der Zentralplanwirtschaft ist. Auch das Standortgefüge muß sich mit den neuen Preisen und den neuen Restriktionen verändern. Schließlich entspricht auch eine weitere Bestandsgröße nicht mehr den neuen Bedingungen, nämlich das Kapital der Natur - die Umwelt, die zu Lasten zukünftiger Generationen zerstört wurde. Hier sind Altlasten zu beseitigen und umweltpolitische Restriktionen bei der Transformation selbst zu berücksichtigen.

Die Bestandsgrößen werden beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft schlagartig anders bewertet; aber die in der Zukunft gewünschten Größen zu verändern, ist nur in einem langwierigen Prozeß möglich. Der Umbau einer Planwirtschaft braucht also Zeit, und zwar nicht nur, weil die Privatisierung und andere Elemente der Reform nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen sind, sondern weil die Anpassung der Bestandsgrößen in den Unternehmen nicht abrupt erfolgen kann. Die Reaktion der Industrienationen auf die

beiden Erdölkrisen 1973/74 und 1979/1980 dokumentiert diesen Zeitbedarf der Anpassung für einen partiellen Schock, in dessen Folge der Kapitalstock der Wirtschaft auf neue Energiepreise ausgerichtet werden mußte, und neue Rohstoffvorkommen, beispielsweise in Alaska, erschlossen werden mußten. In ähnlicher Weise braucht die reale Anpassung der Unternehmen an die neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen Zeit.

Aus der Analyse des Transformationsprozesses ergibt sich, daß beim Übergang zur Marktwirtschaft insbesondere der Neuaufbau der Bestandsgrößen vorankommen muß. Für die wirtschaftspolitische Strategie empfiehlt es sich deshalb, auf die Erneuerung der Bestandsgrößen zu setzen, also auf Investitionen und neue Firmen. Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (1991 a, b) hat diesen Ansatz für die neuen Bundesländer als wachstumsorientierte Strategie bezeichnet, die durch Anreize für private Investitionen und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur gekennzeichnet ist. Die Nachfrage nach Arbeit folgt dem Ausbau des Kapitalstocks; der neue Kapitalstock stellt die Arbeitsplätze der Zukunft bereit.

Zwangsläufig bringt dieser wachstumsorientierte Ansatz starke Einbrüche bei der Beschäftigung mit sich, aber die Beschäftigung wird auf die in der neuen Situation lebensfähigen Unternehmen ausgerichtet. Die wachstumsorientierte Strategie mutet den Menschen heute Opfer zu, strebt aber schnell eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage an. Die Wirtschaftspolitik muß bei diesem wachstumsorientierten Ansatz den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eine soziale Absicherung geben. Dies kann durch Transferzahlungen an die Betroffenen geschehen. Dabei werden die Möglichkeiten einzelner post-sozialistischer Länder, ihre Arbeitnehmer in der Transformation abzusichern, äußerst unterschiedlich sein. Anders als in Ostdeutschland können die Länder Osteuropas für diese Aufgabe Transfers nicht vom Ausland erwarten.

Eine stärker erhaltungsorientierte Strategie, wie sie etwa für die neuen Bundesländer von einigen diskutiert wird, würde anstreben, den

Beschäftigungseinbruch dadurch zu glätten, daß die alten Unternehmen durch Subventionen am Leben erhalten werden. Der Schutz der Arbeitnehmer wird in diesem Fall nicht durch Transferzahlungen an die betroffenen Arbeitnehmer erreicht, also durch eine Entkopplung der Erhaltung von Unternehmen und der Absicherung der Arbeitnehmer, sondern durch eine Erhaltung der Unternehmen selbst.

Folgt man der hier vorgetragenen Analyse des Transformationsprozesses, so beinhaltet dieser erhaltungsorientierte Ansatz das Risiko, daß die Erneuerung des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates nicht vorankommt. Im Gesamtergebnis würde dieser Ansatz die alten ineffizienten Strukturen weiterführen.

Im Sinne einer Kausaltherapie ist die erstbeste Strategie, die Erneuerung der volkswirtschaftlichen Bestandsgrößen voranzubringen. Von daher empfiehlt es sich, auf die Förderung der Investitionen abzustellen. Die für Ostdeutschland vorgeschlagenen Lohnsubventionen (Akerlof et al., 1990) würden die Auswirkung der J-Kurve auf die Beschäftigung zwar mildern; sie könnten den Einbruch der Produktion selbst verringern, da sie den Unternehmen einen Teil der Arbeitskosten abnehmen. Lohnsubventionen würden aber die Erneuerung des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates nicht direkt stimulieren. Die Anpassung der Volkswirtschaft würde verzögert. Außerdem konkurrieren Lohnsubventionen von der Finanzierung her mit der Investitionsförderung.

Grundsätzlich sind partielle Reformen, etwa in bestimmten Regionen oder in einzelnen Sektoren wie etwa in der Landwirtschaft, geeignet, das Ausmaß des J-Kurven-Effekts zu mildern. Daraus kann jedoch kein Plädoyer für einen gradualistischen Ansatz der Reformen abgeleitet werden. Vielmehr bedingen sich eine Reihe von Reformen gegenseitig, so daß sie gleichzeitig unternommen werden müssen (Siebert, 1991 b). Zum anderen stellt sich bei einem gradualistischen Ansatz die Frage, ob die Reform glaubwürdig ist. Erwarten Wirtschaftssubjekte, daß eine Reform zurückgeschraubt werden wird, oder nehmen sie gar an, daß die Politik zu dem alten System zurück-

kehren wird, so ist die Reform nicht glaubwürdig, und die für die Transformation notwendige Erneuerung des Kapitalstocks unterbleibt.

Literatur

- Akerlof, G., A. Rose, J. Yellen und H. Hessenius (1991): "East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of the Currency Union", *Brookings Papers on Economic Activity*, S. 1-87.
- Berndt, E.R. und Wood, D.O. (1986): "Energy price shocks and productivity growth in US and UK manufacturing", *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 2, S. 1-31.
- Eucken, W. (1952): "Grundsätze der Wirtschaftspolitik", Bern, Tübingen.
- Hiemenz, U. (1989): "Foreign Direct Investment and Capital Formation in China Since 1979: Implications for Economic Development", Kiel Reprints No. 16.
- Kornai, J. (1980): "Hard and Soft Budget Constraint", *Acta Oeconomica*, Budapest.
- Lin, J.Y. (1991): "Economic Reform and Internationalisation, China and the Pacific Region", 19th Pacific Trade and Development Conference, Chinese Academy of Social Sciences, Beijing.
- Long, Ngo Van und Siebert, H. (1991): "A Model of the Socialist Firm in Transition to a Market Economy", *Kieler Arbeitspapier Nr. 479*.
- Prebisch, R. (1950): "The Economic Development of Latin America and its Principal Problems", *United Nations Publications*, New York.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1991): "Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer", *Sondergutachten*.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990): "Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands", *Jahresgutachten 90/91*, Stuttgart.
- Schatz, K.-W. und K.D. Schmidt (1992): "German Economic Integration: Real Economic Adjustment of the East German Economy in the short and in the long run", in: H. Siebert (Hrsg.): *The Transformation of Socialist Economies*, Kiel, in Vorbereitung.
- Schumpeter, J.A. (1934): "The Theory of Economic Development: an Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest, and the Business Cycle", *Harvard University Press*, Cambridge, M.A.
- Siebert, H. (1991 a): "German Unification: The Economics of Transition", *Economic Policy*, Vol. 6, S. 287-340.
- Siebert, H., (1991 b): "The New Economic Landscape of Europe", *Basil Blackwell*, Oxford.